

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 147
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 13. April 1927 (Zweite Ausgabe)

Ermässigung der Gebühren für die Stadtbahntrafiken. Die Gemeinde Wien hat anlässlich der Elektrifizierung der Stadtbahn die neuerrichteten Trafiken in den Stationen nur an Kriegsgeschädigte oder deren Witwen vergeben. Die Gebühren für die Benützung dieser Trafiken wurden in der gleichen Weise festgesetzt, wie dies bei den Bundesbahnen geschieht. Heute sprach nun bei Vizebürgermeister Emmerling eine Abordnung des Landesverbandes Wien der Kriegsinvaliden bestehend aus dem Präsidenten Brandeis, dem Obmann des Verbandes der Kriegsblinden Hirsch, dem Obmann der Fachgruppe der Kriegsgeschädigten Trafikanten Uscher und der Sekretärin Dworschak vor. Die Abordnung ersuchte den Vizebürgermeister als amtsführenden Stadtrat für die städtischen Unternehmungen mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage um eine Herabsetzung dieser Gebühren. Durch die Gleichstellung mit den Trafiken bei den Bundesbahnen ergebe sich gegenüber den Gebühren für Trafiken in den städtischen Neubauten, eine gewisse Härte. Vizebürgermeister Emmerling erklärte, dass die Gemeinde bereit sei die gegenwärtige Berechnungsmethode, die auf dem Umsatz aufgebaut ist, zu ändern und jene Gebühren einzuziehen, die für Trafiken in Gemeindehäusern zu entrichten sind. Dadurch werde sich allein schon eine grosse Ermässigung ergeben. Die Direktion der Strassenbahn werde Berechnungen vornehmen und dazu auch Vertreter der Kriegsinvaliden beiziehen. Die Abordnung dankte für das Entgegenkommen, insbesondere aber für den seinerzeitigen Beschluss der Gemeinde, dass diese Stadtbahntrafiken nur an Kriegsinvalide vergeben werden dürften, weil dadurch einer grossen Zahl von bedauernswerten Kriegsoffizieren die Existenzmöglichkeit geboten worden ist.

Dienstesabzeichen für die Beamten der Steuerrevisionsstelle. Der Magistrat hat für die Beamten, die bei der Revisionsstelle für Gemeindeabgaben den Aussendienst versehen, neue Dienstesabzeichen eingeführt. Die Aussenseite dieser Abzeichen trägt eine weisse Emailurrahmung, die in schwarzen Lettern die Bezeichnung: Magistrat der Bundeshauptstadt Wien aufweist. In der Mitte ist das Wappentier und auf rotem Feld mit weissen Kreuz das Wappen selbst angebracht. Die Rückseite zeigt die Nummer und die Bezeichnung: Revisionsstelle für Gemeindeabgaben. Die Verwendung der alten Dienstesabzeichen wurde bereits eingestellt. Es ist wiederholt vorgekommen, dass Personen unter Annahme eines Amtseharakters versucht haben, in Betrieben oder bei Unterhaltungen Revisionen vorzunehmen. Der Magistrat macht daher aufmerksam, dass neben der Legitimation auch das erwähnte neue Abzeichen unbedingt vorzuzeigen sind.

Trostlose Lage der österreichischen Provinzbühnen. Unter dem Vorsitz des Theaterreferenten der Stadt Innsbruck tagte heute in Sitzungsaal des Bühnenvereines eine Versammlung der Theaterreferenten aller österreichischen Provinzbühnen. Einmütig wurde berichtet, dass die Provinztheater, an die in künstlerischer Beziehung stets steigende Anforderungen gestellt werden, in schwerer finanzieller Bedrängnis sind. Es wurde abermals hervorgehoben, dass nur eine Subvention dieser Bühnen durch den Bund diese triste Lage bessern könnte. Bereits im Vorjahre haben die österreichischen Städte durch ihre Organisation, dem Städtebund, bei der Regierung ein diesbezügliches Ansuchen gestellt. Es wurde eine Bundessubvention von 700.000 Schilling für alle Provinzbühnen verlangt. Auf Antrag des Vizebürgermeisters Lackner (Salzburg) wurde beschlossen, dem Bundeskanzler die Lage der Provinztheater zu schildern und die Notwendigkeit einer Bundessubvention zu begründen. Die Versprache bei Bundeskanzler wird morgen Donnerstag vormittags erfolgen.